

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

231 (21.8.1919) Erstes und Zweites Blatt

Karlsruher Tagblatt

Bestandpreis:
in Karlsruhe frei im
Haus geliefert monat-
lich 1.00 Mk. Viertel-
jährlich 2.70 Mk. an
den Ausgabestellen ab-
geholt monatlich 1.80 Mk.
Inwärts durch
die Post frei in
Sachsen abwärts
vierteljährlich 2.80 Mk. Ein-
zelnummer 10 Pf.

Berlin Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Mittelstraße 1.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Abonnenten:
die Ggld. Monatsbe-
halte oder deren Raum
25 Pf. Reichsmark 1 Mk.
an erst. Stelle 1.20 Mk.
Auf diese Weise
80% Feuerungsökono-
mie. Rabatt nach Zeit-
Anzeigens-Annahme
bis 12 Uhr mittags.
kleinere Anzeigen nach
bis 4 Uhr nachmittags.
Rechnungsabteilung:
Geschäftsstelle Nr. 208.
Berlin Nr. 207.
Schriftleitung Nr. 20 u. 804.

Verantwortlich: Graf v. Helldorf; Druck: Carl v. Helldorf; für Baden, Südbaden und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Deuflon: Carl v. Helldorf; für Ingerate Paul R. u. m. n. Druck und Verlag: C. S. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. — Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Fregestraße 65/66. Telephonamt Umland 3902. Für unvollständige Manuskripte oder Druckfäden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

116. Jahrg. Nr. 231.

Donnerstag, den 21. August 1919

Erstes Blatt.

Die wirtschaftlichen Bestimmungen der Gesetze zur Ausführung des Friedensvertrags.

Von Dr. Ludwig Haas-Karlsruhe.

Zwei Gesetzentwürfe sind nach erfolgter Zustimmung des Reichstages an die Nationalversammlung gelangt, die in ihren Einzelheiten dem Leser es noch nicht möglich, die furchtbare Härte des Friedensvertrages auch in seinen wirtschaftlichen Teilen darzulegen, die aber andererseits dem Zweideutigen, von der Allgemeinheit tragen zu lassen.

Es ist das Gesetz über Enteignungen und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrages und das Gesetz zur Ausführung von Bestimmungen des Friedensvertrages.

Durch den Friedensvertrag ist vielfach deutsches Privateigentum ohne weiteres zu Gunsten unserer Gegner enteignet. Es geht z. B. mit der Ratifikation des Friedensvertrages das Eigentum an allen Immobilien im Saargebiet mit sämtlichen Einrichtungen, mit allen Gerät, mit allen Gebäuden, Lagern und Vorräten auf Frankreich über.

In großem Umfang haben ferner die feindlichen Mächte deutsches Privateigentum den Berechtigten im Krieg entzogen. Durch den Friedensvertrag ist ebenfalls auf dieses Privateigentum verzichtet. Alle Enteignungen und Liquidationen deutschen Eigentums werden als rechtmäßig anerkannt.

Vor allem aber haben sich unsere Feinde das Recht vorbehalten, alles deutsche Privateigentum in ihrem Staatsgebiet und ihren Kolonien in Untersuchung auf die Kriegsentwertung zu untersuchen und zwar einschließlich der Gebiete, die ihnen im Friedensvertrag abgetreten werden. Es hat insbesondere Frankreich das Recht, alles Eigentum deutscher Staatsangehöriger in Elsaß-Lothringen in Anspruch zu nehmen.

Au diesen drei Gruppen von Tatbeständen, in denen ohne weiteres Eingreifen der deutschen Regierung deutsches Eigentum verloren geht, treten die vielen Fälle hinzu, die uns zwingen, nach Ratifikation des Vertrages deutsches Eigentum den ehemaligen Feinden zu überlassen.

Wir müssen Schiffe, Tiere, vor allem Pferde und Maschinen, auch Maschinen, Werkzeuge, Baumaterialien, Möbel, Waffen, Benzin, Steinhilfen, Kisten, Kisten, Munition, Rohstoffe und andere wertvolle Gegenstände liefern. Alle von uns aus den besetzten Gebieten entnommenen Gegenstände sind zurückzugeben. Alle Rechte und Forderungen deutscher Reichsangehöriger an öffentlichen, China, Österreich, Litauen, Bulgarien und der Türkei, aber auch in unruhigen Gegenden, müssen dem Wiedergutmachungsausschuß überlassen werden; Anlagen im Besitz von Österreich und die Anteile der deutschen Reichsangehörigen daran, Grund und Boden rechts des Rheins, den Frankreich zur Durchführung von Agrarreformen beschlagnahmt, Aktien der marokkanischen Eisenbahn müssen abgetreten werden.

Somit Deutsche durch den Friedensvertrag oder vorher durch Maßnahmen der Feinde Eigentum verlieren oder verloren haben, muß für Entschädigung gesorgt werden. Auch wenn der Friedensvertrag Deutschland nicht die Verpflichtung zu dieser Schadloshaltung auferlegen würde, wäre sie ein Gebot der Staatsmoral und der Staatsgerechtigkeit. Es geht nicht an, den einzelnen, den nun gerade das nationale Unglück in besonderer Weise trifft, seinem Schicksal zu überlassen. Der Staat muß den Schaden erleiden. Daraus wird für die Allgemeinheit oder auch wieder Vorteile entstehen. Vor allem wird die wirtschaftliche Förderung unserer Auslandsdeutschen und unserer Exportfirmen der deutschen Volkswirtschaft zu gute kommen. Würden wir sie ihre Verluste allein tragen lassen, so würde auch die Dauer des noch nur ein klein harter Gewinn für die Staatskasse sein.

Mit Recht bestimmt deshalb das Gesetz, daß jeder Deutsche, der durch den Friedensvertrag, durch die durch ihn bedingten Enteignungen oder durch Maßnahmen der Feinde, die der Vertrag anerkennt, Vermögenswerte verliert, eine angemessene Entschädigung erhält. Von einer angemessenen Entschädigung spricht das Gesetz in der Bestimmung mit § 153 der Bestimmungen, die soweit ein Reichsdeutscher nichts anderes bestimmt, für jede Enteignung eine angemessene Entschädigung vorschreibt.

Es wird die Frage erörtert werden, ob nicht gerade diese Gesetze den Grundbaß der vollen Entschädigung hätten darstellen sollen. In vielen Fällen wird die angemessene Entschädigung den vollen Schadenersatz bringen müssen. Der Bauer, der seine Ackerfrucht hingeben muß, der ausgemietete Deutsche, dem Frankreich Haus und Hof im Elsaß nimmt, der Auslandsdeutsche, der sein ausländisches Gut haben verliert, wird m. E. wenn es an ihn angemessen entschädigen will, es an vollen Entschädigung werden müssen.

Wer aber eine Maschine aus dem besetzten Gebiet erworben hat und sie wieder abgeben muß, wird doch nicht nur den Schaden seiner Aufwendungen, aber nicht den feststehenden Wert, bekommen können, die Wertungen, die mit der Verlust zusammenhängen. England hat Wertungen eines Deutschen im Jahre 1916 liquidiert. Soll er zum Narren von damals oder von heute entschädigt werden?

Es ist unmöglich, daß das Gesetz keine Einzelheiten bestimmt, sondern es dem zuständigen Reichsminister überläßt, im Einvernehmen mit den Reichsministern der Justiz und der Finanzen für Art und Umfang der Entschädigung Richtlinien aufzustellen. Diese Richtlinien bedürfen der Genehmigung des Reichstages und eines Ausschusses der Nationalversammlung. Durch die Ratifikation des Reichstages und der Vertreter des Reichstages ist Vorfrage getroffen, daß etwaigen, allen tatsächlichen Rechnungen der Reichsminister entgegengetreten werden können. Gegen die Festlegung der Entschädigung kann binnen sechs Monaten die Entscheidung des Reichsministerpräsidenten nachgeprüft werden. Dem Reichsministerpräsidenten, in dem insbesondere auch das sachverständige Gutachten vertreten ist und bei dem sich eine

zählige einheitliche Praxis entwickeln wird, wird man bei der Eigenart dieses Entschädigungsverfahrens auch dann den Vorrang vor den ordentlichen Gerichten geben müssen, wenn man gegen die fortgesetzte Inanspruchnahme der ordentlichen Gerichte im allgemeinen Bedenken haben muß.

Schon vor der Schadloshaltung können Vorschläge bezügl. werden. Es ist dringend notwendig, daß so schnell wie möglich, besonders an die ausgetretenen Elsaß-Lothringer, an die Auslandsdeutschen und an die geschädigten Exportfirmen Vorschläge in liberaler Weise gemacht werden. Nur hier kein Einseitiger Vorteil!

Der Staat soll harte Sorge tragen, daß die Geschädigten recht schnell wieder sich wirtschaftlich betätigen können. Lieberhaupt müßte das ganze Verfahren von dem Gedanken beherrscht sein, daß der Staat nicht zuletzt in seinem Interesse, wenn er doch zahlen muß, schnell zahlen soll.

Seit Jahr und Tag haben die Geschädigten kein anderes Recht, als wertlose Schadensanmeldungen einzureichen. Ihre Verbitterung ist groß und verständig; im Elsaß hatten die Franzosen über die

Die positive Mitarbeit der Demokraten.

H. Von unserem Weimarer Vertreter wird uns gedruckt:

Die Gesetzfabrikation geht in der Blut der Grundtage weiter. Seit Dienstag ist sogar eine Anzahl der meist durch Abwesenheit glänzenden Mitglieder herbeigetrocknet worden, so daß wenigstens bei den Abstimmungen das Haus den Eindruck hat, daß die Geschlossenheit nicht. Diese volle Beschäftigung brachte denn auch die Diskussionspläne der Deutsch-Nationalen von vornherein zum Scheitern. Der alte Graf Posadowski erklärte nämlich, seine Partei werde, wenn die am Dienstag von dem Ausschuss angenommenen veränderten Tarifsätze für die Erbschaftsteuer nicht wieder ermäßigt würden, mit allen gesetzlichen Mitteln das Zustandekommen des Gesetzes zu verhindern suchen. Das schuf natürlich Seniation und Unruhe, denn die Mehrheit ist Herr Erzberger verpflichtet und außerdem sind sämtliche Köpfe gepakt.

Aber wie gelangt ein Rundblick im Saal leicht schnell erkennen, daß keine ernstliche Gefahr bestand, und als Herr Lehmann zusammen mit Herrn Groeber und anderen Trägern der ältesten Semster einige Zeit auf den freitragenden Grafen eingedrückt hatten, sah man diesen merkbar resigniert auf seinen Platz zurückkehren. Es blieb bei der einfachen Opposition mit Worten, die von der Deutschen Volkspartei, deren Hauptsprecher außer Marek auch gehen wieder Dr. Weder-Hessen war, fast noch schärfer als von den Deutsch-Nationalen her war. Man muß auch zugeben, daß die Verhinderung der Sache in der getriggen Ausschussung auf die Parteien des alten Bestes und einer historisch orientierten Lebens- und Wirtschaftsauffassung sehr verbitternd wirken mußte. In Wirklichkeit sind die Mehrheitsstimmen durch die neue Fassung der Erbschaftsteuer durchaus nicht so entscheidend, wie besonders der demokratische Abg. Dr. Blund an Beispielen darlegte.

Es ist überhaupt bemerkenswert, mit welcher Entschiedenheit und Offenheit die Demokraten sich zu positiver Mitarbeit an einer fröhlichen Reformpolitik, trotz ihrer Abneigung gegen Erzberger, bekannt haben. Diese Entschlossenheit ist um so bedeutender, als der Radikalismus auch der Mehrheitssozialdemokratie, der gefiern wieder in der Programmrede des Herrn Keil hervortrat, ihnen diese Haltung nicht leicht machen kann. Die Sozialdemokraten tragen, trotz ihrer Enttäuschungen, die von ihren Besten in kleinem Kreise offen zugegeben werden, nach außen hin immer noch eine sehr bedenkliche Zurückhaltung zur Schau. Dabei lehrt doch die Entwicklung des letzten Jahres, lehrt jede Woche, daß die alleinige Rücksicht auf die Masseninteressen und Massenwünsche dem Staate und der Menschheit in ihm kein Heil bringt. Die sozialdemokratische Leugnung jeder Berechtigung von Minderheiten und also auch von Kulturvererbung verkennt die Menschheitennatur und wird, wenn sie einseitig die Praxis beeinflusst, noch auf lange Zeit direkt kulturfeindlich wirken. Eine ganz andere Sache ist es, den Vorgang der Vermögensvererbung mit genauer psychologischer Abstufung der Höhe und des Verwandtschaftsgrades für die Allgemeinheit im weitesten Maße nutzbar zu machen. Die Erbschaftsteuer ist zweifellos nach modernem Empfinden die berechtigteste Steuer. Sie soll daher modern und demokratisch ausgebaut werden, sie darf aber nicht zu einer Regierung des Eigentumsbegriffes und zur Fällung des gesunden Erwerbsfinnes führen.

Wie schwer die Belastung des einzelnen Deutschen nach Annahme aller neuen Steuern sein wird, läßt sich bei der wirklich affenartigen Geschwindigkeit, mit der die Nationalversammlung in den letzten Wochen gearbeitet hat, noch nicht annähernd übersehen. Aus der neuen Erbschaftsteuer will man 800 Millionen ziehen. Wir ist die Schätzung von 800 Millionen optimistisch. Herr Erzberger wird sich dieser Vorlage, die schließlich in dritter Lesung gegen die Deutsche Volkspartei und die größte Anzahl der Deutsch-

„Fürsorge“ der Deutschen für ihre ausgemieteten Landsleute. Wir haben in der Tat Fehler gut zu machen und das so schnell als möglich. Es ist nötig, daß im Vollzug des Gesetzes die Stellen, die die Entschädigung festsetzen, alsbald eingerichtet werden, daß sie schnell ihre Arbeiten aufnehmen und durchführen. Jeder Tag, der gewonnen wird, kann schweres Leid mildern. Jeder Tag kann einen deutschen Bürger wieder arbeitsfähig machen.

Das Gesetz führt aber auch für die Enteignungen, die wir jeder gegen uns und für die anderen vornehmen müssen, wenn der Friedensvertrag erfüllt werden soll, ein besonderes besonderes besonderes Entschädigungsgesetz ein.

Es wird durch die Bestimmungen des Gesetzes zur Ausführung von Bestimmungen des Friedensvertrages dahin erweitert, daß die Reichsregierung nicht nur enteignen, sondern auch von land- und forstwirtschaftlichen, gewerblichen und kaufmännischen Betrieben Leistungen und Lieferungen verlangen kann. Nach das ist nötig. Zur Erfüllung des Friedensvertrages braucht der Staat nicht nur die Gewalt über die vorhandenen Bestände, sondern auch über die Arbeits-

Nationalen angenommen wurde, wohl weniger zu schämen haben, als so mancher anderen von ihm geleiteten staatsmännischen Tat.

Am Nachmittag kam die vom Finanzminister noch nachträglich und dringend geforderte Kreditvorlage über 9 Milliarden an die Reihe. Der Ausschuss hat noch am Dienstag abend die Ermächtigung für eine Prämienanleihe mit Steuerbevorratung verbunden. Gleichzeitig sollen die Vorlagen zur Ausführung der Friedensbestimmungen erledigt werden. Die Debatte wurde zunächst gefenschnitten durch eine überaus heftige und rücksichtslose Angriffrede des deutschnationalen Abgeordneten Dr. Hugenberg, die wegen ihrer Weitschweifigkeit und ihrem reinen Agitationscharakter den lebhaften Unwillen der Mehrheit des Hauses erregte und dann, als Erzberger schlagfertig erwidern konnte, noch zu heftigen und wüsten Lärmzügen der Deutsch-Nationalen führte. Immer wieder muß man bedauern, daß die ungeschickte und skrupellose Angriffsart der Rechten die Stellung Erzbergers nicht schwächt, sondern nur stärkt. Hugenberg hatte als einzigen positiven Vorschlag eine Zwangsanleihe gefordert. Erzberger steht in einer solchen nur das alleräußerste Mittel, für das die Zeit noch nicht gekommen sei. Auch für die Prämienanleihe schwärme er nicht, aber sie sei nach Ansicht angelegener Bankdirektoren jetzt der beste Weg, rasch die notwendigen Summen aufzubringen. Hugenberg hatte, um Erzberger das Misstrauen seiner Partei auszuspülen, beantragt, statt 9 Milliarden nur 8 Milliarden zu bewilligen, worauf Erzberger geschickt die Gegenfrage stellt, ob er etwa dann den notwendigen Aufbau der Handelsflotte oder die Vorschläge für die Auslandsdeutschen oder die Fürsorge für andere Kriegsoffer aufgeben solle. Es kam, wie gesagt, zu sehr scharfen Lärmzügen, die vorübergehend fast Tätlichkeiten bedingten ließen. Erzberger vermittelte sich von Graefe die ungesogenen Zwischenrufe, worauf dessen Freunde in ein Indigniergeheul ausbrachen.

Und als der demokratische Abg. Dr. Haas-Karlsruhe als nächster Redner an das Wort trat, konnte auch er zunächst nur die agitatorische Methode Herrn Hugenbergs im Interesse des Aufsehens des Hauses lebhaft bedauern. Die Konservativen, die jahrelang uneingekränkt geherrscht haben, verhalten sich jetzt auch als Minderheit das Parlament zu terrorisieren. Er hätte vielleicht noch besser von der konserverativen Nationalität gesprochen, die jetzt durch anspruchsvollen Lärm verdeckt werden soll. Dr. Haas rechnete dann auch energisch mit den Sozialdemokraten ab, die durch Unklarheiten von Parteivorständen das parlamentarische Zusammenarbeiten mit ihnen leicht unmöglich machen könnten. Im übrigen stimmt seine Forderung für die Annahme der neuen Kreditvorlage. In einem Punkte ist der badische Postfiskus aber auch mit Erzberger gar nicht einverstanden. Der Reichsfinanzminister ist ihm in der Auslegung der Friedensbestimmungen recht bedenklich optimistisch. Das Welt müsse aber auf das schärfste vorbereitet sein. Diese ernste Mahnung ist ebenso verdienstvoll, wie der vertrauensvolle Hinweis, mit der der Redner auf die Morgendämmerung eines besseren Völkervertrages schloß, die er u. a. in den Worten eines angesehenen italienischen Politikers findet und die in Zukunft die Unfähigkeit des Verfallers Gewaltfriedens überall erkennen lassen werde.

Für die Unabhängigen spricht wieder ihr Finanztheoretiker Warm, für die Deutsche Volkspartei Herr Meier, der besonders auf die Notwendigkeit einer wieder einzuführenden Kontrolle durch den Obersten Rechnungsdienst dringt. In einer persönlichen Bemerkung sucht nach Schluß der Debatte Herr Hugenberg sich gegen den Vorwurf Dr. Haas, daß seine Partei an dem Ausbruch und der Verlängerung des Krieges mitschuldige sei, zu rechtfertigen; ein der Mehrheit des Hauses gegenüber ausfallsloses Bejahen.

Bei den Schlussabstimmungen finden sich wieder äußerste Rechte und äußerste Linke in der Ablehnung zusammen.

Leistungen der Zukunft. Er muß anordnen können, daß ein Betrieb bestimmte Arbeiten auszuführen und die Ergebnisse abzuliefern hat.

Auch hier sollen die Einzelheiten im Einverständnis mit dem Reichsrat und einem Ausschuss der Nationalversammlung geregelt werden.

Wir haben im Kriegesalltag oft erlebt, daß, unter dem Einfluß der Interaktionen eine Güntlingswirtschaft betriebe wurde. Man wird — das Gesetz sieht die Bildung von „Leistungsverbänden“ vor — darauf achten müssen, daß nicht einzelne Betriebe zu Lasten der anderen, einzelne Gebiete zum Nachteil anderer begünstigt werden.

Eine Reihe weiterer wichtiger Bestimmungen bringt das Gesetz zur Ausführung des Friedensvertrages.

Es sichert den Ausfuhrverlehen, den der Friedensvertrag zur Herabsetzung und Erhöhung der Zölle und Steuern hat, und verbietet auf diesen Zweck unter Strafandrohung jede direkte Zahlung an feindliche Gläubiger und jede direkte Einziehung von Forderungen im feindlichen Ausland. Die gesetzlichen Fristen für Begründung und Erhaltung gewerblicher Schutzrechte werden bis zum Ablauf eines Jahres nach Inkrafttreten des Friedensvertrages verlängert; sie treten wieder in Kraft, soweit sie wegen einer im Gesetz vorgesehenen Unterbrechung zwischen dem 1. August 1914 und dem Inkrafttreten des Friedensvertrages erloschen waren. Ein besonderer Schutz wird für Patente geschaffen, die während des Krieges nicht ausgeübt werden konnten.

Die Bestimmungen über die gewerblichen Schutzrechte gelten für Deutsche und für Ausländer, für letztere aber nur, wenn die Gegenseitigkeit vorliegt.

Schließlich bestimmt das Gesetz, daß Hypotheken einer deutschen Hypothekbank, sowie Darlehen an öffentliche Körperschaften und Kleinbahn-Unternehmungen zur Deckung der Forderungen und Schuldverschreibungen auch dann gemindert, wenn die Schuldner in Gegenden wohnen, die durch den Friedensvertrag Ausland werden.

Die furchtbaren Folgen des Friedensvertrages werden durch diese Ausfuhrverlehen von neuem hergeleitet. Die Ausführung selbst wird uns recht wohl die entscheidenden Notwendigkeiten stellen. Um so mehr wird es Pflicht des Staates sein, dem einzelnen Bürger, den der Vertrag und seine Folgen trifft, Hilfe und Schutz zu gewähren. Die Gesetze mögen im Rahmen der harten Notwendigkeiten die richtigen Bestimmungen treffen, entscheiden wird aber der Geist, in dem sie vollzogen werden.

Monarchistisches aus Tschechien.

n. Aus Wien wird uns geschrieben:

Die Vorgänge in Ungarn, das der Monarchie zuzuführen scheint, sind auch auf die Tschechoslowakei nicht ohne Rückwirkung geblieben und unter ihrem Eindruck beginnt sich dort bereits eine Schwärzung der Gemüter zu vollziehen, die für die Verhältnisse in Tschechien recht charakteristisch ist. Was man bis vor wenigen Tagen kaum noch für möglich gehalten hätte, wird nun Tatsache. In Tschechien entwickelt sich allmählich eine monarchistische Bewegung. Das wird übrigens niemanden überraschen, der das tschechische Volk näher kennt. Sein Ideal ist trotz aller republikanischen Wüsten auch heute noch ein nationaler König mit der Wenzelskrone auf dem Haupte. Das gilt sowohl von einem Großteil der Intelligenz als auch insbesondere von der Landbevölkerung, die ja in den tschechischen Gebieten die weitaus überwiegende Mehrheit darstellt. Durch den Ausfall der letzten Gemeindevahlen, die den sozialistischen Parteien die Mehrheit im Lande brachte, darf man sich über die wahre Grundstimmung nicht täuschen lassen. Solche Abstimmungsergebnisse sind vorübergehende Erscheinungen, hervorgerufen durch den Einbruch republikanischer Ereignisse, oft auch durch Massenpsychosen. Neue Grundstimmung bleibt aber davon unberührt und macht sich nach einiger Zeit immer wieder geltend. So auch in vorliegenden Fällen. Die Tatsache allein schon, daß man es in Prag für notwendig fand, Volksversammlungen einzuberufen, die zu den Vorgängen in Ungarn und gegen die Monarchie Stellung nehmen, beweist, daß die Bevölkerung diesen Dingen nicht gleichgültig gegenüber steht.

Eine nicht zu unterschätzende Förderung erfährt der monarchische Gedanke in Tschechien auch durch die unheilvollen Zustände, welche dort unter der Republik Platz gegriffen haben. Eine wesentliche Verbesserung der Lebensverhältnisse ist bisher nicht eingetreten und allgemein ist die Klage über die ständig zunehmende Korruption und eine unerträgliche Güntlingswirtschaft. Dagegen, daß sich also nicht Wenige nach den alten Zuständen zurückziehen und die Republik für manches verantwortlich machen, woran sie gar nicht Schuld ist. Der Umsturz in Ungarn ist natürlich Wasser auf die Mühlen der katholischen Parteien, aber auch des Abels, der trotz allem noch immer großen Einfluß im Lande besitzt. Diesen Mächten gegenüber dürfte die republikanische Agrarpartei mit der Zeit einen schmerzlichen Stand halten.

Unbedingt auf republikanischer Grundlage stehen natürlich die sozialistischen Parteien, die gegenwärtig das Geißel in der Hand haben und selbstverständlich mit allen Mitteln gegen eine monarchistische Bewegung ankämpfen werden. Ihnen dürfte aber in den Nationaldemokraten, die den Großteil der Intelligenz hinter sich haben, über reiche Mittel verfügen und die besten politischen Taktiker zu den ihren zählen, mit der Zeit gefährliche Gegner erwachsen. Bezeichnend für die Pläne dieser Partei ist die wohl vorläufige, aber durchaus nicht unruhmliche Stellungnahme ihres Hauptorgans, der „Narodni Listy“ zur Einsetzung des Erzherzogs Josef als Reichsverwesers in Ungarn. Doch der Banlawitz und wohl auch Karl Kramaritz, der Führer der Partei, die Republik nur als zeitweilige notwendiges Übel hingenommen hat, ist wohl ziemlich sicher, und es ist durchaus nicht als ausgeschlossen zu betrachten, daß er der Vater der Idee einer Diktatur überan mit einem Kaiserberger an der Spitze ist. Man bedenke nur, welche Rolle das tschechische Volk und auch er in einer solchen spielen könnten. Die

sonne leidige Berratsgeschichte wäre damit erledigt und Kramarich der Heberpatriot und Ketter der Habsburger, würde dann notwendigerweise die erste Seite im Staate spielen. Auch eine gewisse politische Tätigkeit gegen Mariani mag für die Politik der Nationaldemokratie mitbestimmend sein.

Die Wendung in Ungarn eröffnet also auch für die politische Entwicklung in der Tschechoslowakei ganz neue Perspektiven. Wie weit die Dinge bereits gehen können, dafür spricht die Tatsache, daß man schon von dem Bestande mehrerer monarchistischer Zentren in Prag spricht und daß dort bereits ein Blatt mit ausgesprochen monarchistischen Tendenzen erscheint, das sich allerdings für die Wahl eines englischen Prinzen oder eines russischen Großfürsten zum künftigen König einsetzt. Man darf also auf die Weiterentwicklung der Dinge in der Tschechoslowakei recht gespannt sein. Daß die Ereignisse in der nächsten Nachbarschaft auch auf Deutschland in diesem oder jenem Sinne ihre Auswirkung ausüben werden, ist selbstverständlich.

Der Kätekaal.

Die Anhänger des wirtschaftlichen Kätegebanens gehen mit frischem Mut aus Werk. Vor kurzem veröffentlichte der Arbeiterrat Abteilungen zum Anbau des deutschen Kätegebanens. In einem einleitenden Artikel erklärte Ernst Dümmig, daß nunmehr genug Vorarbeit geleistet sei und daß es nun gelte, frisch ans Werk zu gehen. Man ist des trockenen Lohnes satt und hat frisch und frisch ein System gemacht. In einer „Vollversammlung“ der linken Hälfte des Großherzoglichen Arbeiterparlamentes wurde es beschlossen zum Geleit erheben; doch war man so eilig, an seiner Vorbereitung Genossen aus dem Reich teilnehmen zu lassen.

Wie soll die Industrie aufgebaut werden? Durch Käte, Käte und nochmals Käte. Da ist die Rede von Betriebsräten, von Ortsbetriebsräten, von gemeinschaftlichen Betriebsräten, Berufsständen, Arbeiterräten, Bezirksgruppenräten, Bezirkswirtschaftsräten, Reichsgruppenräten und schließlich von einem Reichswirtschaftsrat. Und zwar sollen alle diese Käte gleichmäßig wirtschaftlich wie politisch mächtig sein. Einmal sollen jedenfalls beide Bestimmungsorten von einer Stelle aus ausgeht werden. „Alle über 18 Jahre alten Hand- und Kopfarbeiter, die ohne Ausübung fremder Arbeit leisten und dadurch ihren Lebensunterhalt erwerben.“ Ausgeschlossen vom Wahlrecht sind Personen, die im Besitz von Produktionsmitteln sind, die sie im eigenen Interesse ausüben und ständig durch fremde Arbeitskräfte bedienen lassen.“ Also auch alle Kleinverwalter, Kleinrentner, Kleinrentner, die einen privatrechtlichen Betrieb oder eine Anstalt pachtweise aufrecht erhalten und ständig fremde Arbeitskräfte beschäftigen, desgleichen auch solche, die von Grundrenten oder arbeitslosen Kapitalien leben, sowie durch Familien und dergl. an Unternehmergewinn beteiligte Direktoren, Prokuristen u. d. m.

Woher ist nun gerade den Wahlberechtigten die Erläuterung gekommen, daß sie imstande sind, die Leitung der Industrie in ihre Hand zu nehmen? Nun, in der Begründung heißt es, die kapitalistische Produktionsweise, die formale Demokratie und der Staatsbürokratismus seien nicht imstande, das Wirtschaftswesen nach seinen inneren Gesetzen zu entwickeln. Dazu seien nur die im Kätegebanen zusammengefaßten Kräfte des werktätigen Volkes in der Lage, Heber diesen Punkt kann man nun allerdings verheißend meinte: „Wirtschaftspolitik ist sehr reich die kapitalistische Produktionsform durch die sozialistische Wirtschaft zu ersetzen.“

Gegen die Einrichtung von Betriebsräten, wenn sie in mehr als des Betriebes bleiben, wo sie sachverständig sind, ist an sich nichts einzuwenden. Mit Recht schreibt Reichsfinanzminister a. D. Derenburg in einer Schrift „Der Weg zum Wirtschaftswesen“ (Demokratischer Verlag, Berlin-Weißensee) die Aufgabe liegt bei der sozialen Gestaltung des Arbeitsverhältnisses. So wenig wie ein Patiententrat der Arzt erziehen könne, ebenso wenig könne eine nicht sachmännlich geleitete Versammlung eingreifen in die Verhältnisse, die durch langes Studium und Erfahrung, durch Sprachkenntnis und Reisen im In- und Ausland, durch Reisen- und Materialkenntnis ihre Grundlage, ihren Wert gewinnen.

Man darf leider nicht darauf rechnen, daß solche hünen Worte von denen gehört werden, die es an sich haben, das gegenwärtige Staats- und Wirtschaftswesen völlig zu ignorieren. Dabei ist das Däumling-System von holländischer Oberflächlichkeit. Nicht einmal die Frage ist geklärt, wie weit das Verhängnis der unteren Käte reichen soll, wie weit sie eigene Bestimmungsmacht haben, und wie weit sie von den Verfügungen der Zentralinstanzen abhängig sind. Die unüberwindliche Frage, ob im Kätegebanen die Betriebsleiter gewählt oder ernannt werden, ist überhaupt nicht berührt, ebenso nicht, wer die entscheidenden Direktiven über den Gang der Produktion geben soll. Das wichtigste Problem: Zentralismus oder Lokalismus? wird völlig ignoriert. Und ein solches Staats- und Wirtschaftsprogramm der neuen Staats- und Wirtschaftsordnung sein.

Der Abbruch der deutsch-polnischen Verhandlungen.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 20. Aug. (Wolff.) Zu Beginn der heutigen Sitzung der deutsch-polnischen Kommission erklärte der Vorsitzende der polnischen Delegation, Unterstaatssekretär Dr. v. Wroblewski, daß die polnischen Vertreter es angeht, die Verhandlungen abzubrechen. Die Verhandlungen sind nicht mehr zu führen. Da diese eine friedliche Atmosphäre erforderlich sind. So lange die Voraussetzungen hierfür nicht gegeben seien, müßte die Sitzung bis auf weiteres vertagt werden. Von deutscher Seite erklärte Geheimrat Kocher, daß in kürzester Zeit eine besondere Konferenz zur Beilegung der oberirdischen Frage einberufen werden würde.

Auffallender Wechsel in der Haltung der Polen.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 20. Aug. Von maßgebender Seite erfahren wir folgendes: Die Entwicklung der Ereignisse in Oberschlesien konnte bei den schwebenden deutsch-polnischen Verhandlungen nicht übergangen werden. Deshalb hat die preussische Regierung im Einvernehmen mit den Polen eine besondere Besprechung der oberirdischen Ereignisse ins Auge gefaßt und die im Betreff kommenden schlesischen Stellen hierzu nach Berlin eingeladen. Es muß daher auffallen, daß die Polen heute frisch plötzlich die Verhandlungen abzubrechen für richtig hielten mit der Begründung, daß sie nicht verhandeln könnten, während in Oberschlesien Polen in Massen verhaftet oder von ungen

Truppen erschossen wurden. Diese Erklärung war um so auffälliger, als die Polen noch bei den gestrigen Besprechungen jede Gemeinschaft mit den oberirdischen Aufständigen weit von sich wiesen und nachdrücklich das Interesse beider Völker an der Wiederherstellung der bolschewistischen Putzbelegten betonen. Inzwischen hat sich ein auffälliger Wechsel in der Haltung der Polen vollzogen, indem sie heute mittig dem Auswärtigen Amt mitteilen, sie wären bereit, über die Dinge in der Oberschlesien eine Besprechung abzuhalten. Wie wir hören, werden die Besprechungen morgen vormittag fortgesetzt werden. Übrigens teilte der frühere Abgeordnete Korfanti, der Führer der polnischen Abordnung in Berlin, einem Mitarbeiter der „Preussischen Zeitung“ über die Unterredung der deutsch-polnischen Verhandlungen mit, daß diese aus dem Druck der augenblicklichen Verhältnisse nicht erlöschend gelöst werden könnten. Es bestände jedoch auf beiden Seiten der ausgesprochenen Wille, an einer Verständigung zu kommen. Korfanti und ein großer Teil der polnischen Abordnung werden in Berlin bleiben. Sowie die Lage etwas ruhiger ist, werden die Verhandlungen wieder aufgenommen werden.

Inruhen in Laurahütte.

(Eigener Drahtbericht.)

Beuthen i. Oberschlesien, 20. Aug. (Wolff.) In Laurahütte brachen gestern Abend Inruhen aus. Durch Beschüßung vorübergehender Partouillen aus den Fenstern wurden fünf Soldaten verletzt. Ferner verurteilte der Vöbel in der Nacht zwei Angriffe auf das Postamt, die aber abgeblieben wurden. Im Laufe des heutigen Vormittags wurde ein Bataillon Marineinfanterie aus Rudo nach Laurahütte in Mordich geleitet, um Ausschreitungen und unter Umständen auch Verhaftungen vorzunehmen. Die in Gohlisstraße verammelten Truppen wurden heute den Ort nach weiteren Waffen ab, ebenso die Orte Deutsch-Biefe und Scharich. Fünf Verhaftungen wurden vorgenommen.

Der polnische Aufstand in Oberschlesien geheimer.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 20. Aug. Wie wir aus Osnabrück erfahren, ist der polnische Aufstand in Oberschlesien als geheimer Aufstand. Es gibt nur noch zwei arroke Kolonnen, den einen südlich von Kattowitz, den anderen südwestlich von Beuthen. Diese beiden sollen noch aufzubrechen werden. Die Arbeit ist zu 50 Prozent wieder aufgenommen worden. Die Lage ist somit im allgemeinen ruhiger.

Die Entente und die Anruhen in Oberschlesien.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 20. Aug. (Gos.) Die Mächte melden, daß angeht die unruhigen Lage in Oberschlesien der Oberste Rat der Alliierten den militärischen Führern Anweisung erteilt habe, in diesem Lande Ordnung zu schaffen. Es ist anzunehmen, daß die Besetzung beginnen wird.

Auswärtige Staaten.

Die Engländer in Budapest.

(Eigener Drahtbericht.)

Budapest, 20. Aug. (Wolff.) Gestern traf in Budapest ein englischer Schoner ein, welcher über sechs hundert Soldaten einbrachte, die dazu verwendet werden sollen, daß der normale Personenverkehr zwischen Budapest und Preßburg mit Schiffsmitteln nach Wien, und der Ausbruch der ungarischen Revolution, falls und falls nach Schiffsverkehr nach Budapest zu erwarten. Die erste englische Marinebrigade wird von englischen Schiffen herangeführt wird, wird voraussichtlich schon morgen in Budapest eintreffen. Hier hatten sich übrigens schon mehrere englische Botschaften auf. So traf in unmittelbarer Nähe von Budapest eine aus sechs englischen Botschaften bestehende englische Mission ein.

Befugnisse Kohlen für Italien.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlins, 20. Aug. (Wolff.) Nach Meldungen aus Brüssel wird als Ergebnis der Reise des italienischen Ministers des Aeußeren, Tittoni, nach Brüssel, Belgien von jetzt ab Italien monatlich 50 000 Tonnen Kohlen liefern.

Das edle Portugal braucht uns.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlins, 20. Aug. (Wolff.) Die Kriegskonferenz hat nach der Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ Portugal alsbald wieder Geschäftsverbindungen mit Deutschland aufzunehmen.

Die Stellung des englischen Kabinetts.

(Eigener Drahtbericht.)

Lugans, 20. Aug. Dem Korrespondenten des „Corriere della Sera“ zufolge ist die Stellung des englischen Kabinetts wegen der Schwierigkeit, unter den Liberalen und konservativen Elementen eine Einigung über die dringende Frage der Verstaatlichung der Kohlenwerke und über Irland zustande zu bringen, sehr erschwert.

Amerikanische Empörung über das englische Protektorat in Persien.

(Eigener Drahtbericht.)

Bern, 20. Aug. (Wolff.) Zum englisch-persischen Abkommen erklärte Lanjing laut „Chicago Tribune“, daß Persien nichts anderes übrig bleibe, als sich den englischen Forderungen zu unterwerfen, nachdem die Vereinigten Staaten nicht hätten durchsetzen können, daß Persien auf der Friedenskonferenz gebürtig werden. „Chicago Tribune“ glaubt, daß mit dem Abschluß dieses Abkommens England sich im Völkerrecht eine neue Stimme gesichert hätte.

Die Einwanderung in Australien.

(Eigener Drahtbericht.)

Ausberbam, 20. Aug. (Wolff.) Die Wähler vom 18. August bringen eine Resolution, die die Einwanderung von Australiern, die australische Auswanderungsbehörden dahin abgelehnt werden soll, daß alle Personen weiblicher Herkunft oder Nationalität für die Dauer von fünf Jahren nicht in Australien zugelassen werden sollen. Ein diesbezüglicher Antrag ist bereits im Repräsentantenhaus eingebracht worden.

Die deutsche Republik.

Sitzung des Reichskabinetts.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 20. Aug. Das Reichskabinet hat sich in seiner heutigen Sitzung mit der Unterbringung der aus dem Deeresdienst entlassenen Personen beschäftigt.

Die Erhöhung des Personentarifs.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 20. Aug. Wie wir hören, sind die Verhandlungen zwischen den Regierungen mit Staatsbahnen über Erhöhung der Tarife im Personenverkehr noch nicht zum Abschluß gelangt, insbesondere auch noch nicht über das Maß der Erhöhung. Dies dürfte Ende der Woche zu erwarten sein. Zeit steht bisher jedenfalls, daß die Erhöhung in möglichst kurzer Frist, wahrscheinlich schon am 1. Oktober d. J., durchgeführt werden wird.

Mandatsniederlegung des Abg. Haack.

(Drahtmeldung unteres Dresdener Korrespondenten.)

Dresden, 20. Aug. Der Reichstagsabgeordnete Heinrich Haack-Dresden hat sein Mandat zur Nationalversammlung wegen Amtsunfähigkeit niedergelegt. Sein Nachfolger wird der Reichstagsabgeordnete Gollapfel.

Erhöhung der Entschädigung für verlorene Postsendungen.

(Eigener Drahtbericht.)

An der Nationalversammlung haben die demokratischen Abgeordneten, Weinhausen und Peterien folgende Anfrage gestellt:

„Das Abhandeln von Verbrechen, Verurteilungen von Postpaketen und von Eisenbahnunfällen nimmt noch immer zu. Was bedeutet die Reichsregierung hiergegen an? Mit wie besonderer Berechtigung einer Erhöhung der im Postgesetz vorgesehenen Entschädigungssätze für beschädigte oder in Verlust geratene Postsendungen, die durchaus unzureichend sind, herbeizuführen?“

Besprechungen von Wasserstraßenfragen in Heilbronn.

(Eigener Drahtbericht.)

Stuttgart, 20. Aug. Auf Einladung des preussischen Ministers der Deffensiven Arbeiten fand am 15. und 16. August in Heilbronn eine erste Besprechung von Vertretern der Länder über den Übergang der dem allgemeinen Verkehr dienenden Wasserstraßen auf das Reich statt, der nach der Reichsverfassung spätestens am 1. April 1921 stattfinden soll. Dabei ist eine weitgehende Klärung der schwierigen dabei in Betracht kommenden Fragen erzielt worden. Die Besprechungen sollen später zusammen mit Vertretern des Reiches fortgesetzt werden.

Eine offizielle Bestätigung Madenjens.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 20. Aug. In einzelnen Kreisen ist das Gerücht verbreitet worden, Feldmarschall v. Madenjen habe beim Auszug aus Ungarn 1918 und 1919 seine Armeelassen verlassen, um in die Heimat zu gehen. Er hätte erst mit Gewalt durch die Offiziere seines Stabes davon abgehalten werden müssen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt darüber: Dieses Gerücht enthält jeder Grund. Nichtig dagegen ist, daß der Feldmarschall durch einseitiges Vortreten ohne Rücksicht auf seine eigene Person in erster Linie die Heimkehr der ihm anvertrauten Armeelassen anstrebe. Hierdurch ist es ihm und seinem Stabe gelungen, den größten Teil der Armeelassen vor der Internierung zu bewahren, während er selbst mit einem Teil des Stabes der Internierung anheim fiel.

Wiedereröffnung der Börse in Danzig.

(Eigener Drahtbericht.)

Danzig, 20. Aug. Das Vorstandamt der Kaufmannschaft beschloß am 21. ds. Mts. ab wieder regelmäßig Börsenverhandlungen abzuhalten.

Deutsche Nationalversammlung.

(Eigener Drahtbericht.)

m. Weimar, 20. Aug.

Eröffnung der Sitzung um 9 Uhr 20 Min.

Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung die zweite Beratung des

Erbschaftsteuergesetzes.

Abg. Graf v. Helldorf: In der Ausschussberatung hat der Entwurf so wichtige Änderungen erfahren, daß wir eine gründliche Durchberatung für unbedingt notwendig halten. Wir können uns mit der Erledigung des Gesetzes nicht einverstanden erklären, falls die vom Ausschuss vorgeschlagenen Änderungen nicht abgelehnt werden. Schließlich das nicht, denn werden wir die Weiterberatung dieses Gesetzes mit den Mitteln der Geschäftsordnung zu verhindern suchen.

Abg. Keil (Soz.): Verändert ist die Vorlage nur hinsichtlich des Tarifs. (Zuruf rechts: „Das ist ja die Hauptsache!“) Wir haben fünf Jahre unsere Wünsche nach einer gerechten Erbschaftsteuer zurückgestellt. Jetzt können wir auf ihre rasche Erledigung nicht mehr verzichten.

Das Haus tritt in die Beratung der Vorlage ein.

Abg. Beder-Oeffen (D. R.): Erlaubt den Ausschussbericht. Das Gesetz hat durch den Ausschussbericht auch für Abmilderung und Erhaltung einer wesentlichen Verschärfung erfahren.

Abg. Keil (Soz.): Das Gesetz bedeutet eine Revision der ganzen Wirtschaftsordnung, indem es die Frage aufwirft, ob die Anspannung von Vermögen in verhältnismäßig wenig Händen durch Vererbung beibehalten werden soll. Die Finanzlage des Reiches läßt die Frage bezweifeln. Wir müssen außerordentlich reich arbeiten, weil große Vermögenswerte vieler Jahre nachgeholt werden müssen. Auch ist die Steuerentlastung nicht befriedigend. Jeder Zug des Regens bringt dem Reiche einen Verlust von 2 Millionen Mark. Die Erbschaftsteuer ist die eigentliche große Belastung, die wir haben, und die deshalb abgelehnt werden muß. Die Frage ist, ob die bestehende Erbschaftsteuer, sondern hier wird nur ein erster Schritt getan. Hinsichtlich des Vermögens und des Erbes des Reiches erreicht die Vorlage nicht immer das, was die Regierung 1908 und 1913 verlangt hat. Auch heute noch macht sich ein unerträglicher, die großen Massen geradezu aufreizender Zuzug bemerkbar. Die wichtigste Aufgabe ist, die menschenwürdige Arbeitskraft gegen Überlastung mit Verbrüchtern zu schützen. In dieser Hinsicht werden wir bis zu der äußersten Grenze gehen. Nur die dauernde Festigkeit kann dem Glanz in den Tieren der Gesellschaft heuern. Wir nehmen das Gesetz heute als Wohlgeschmack an.

Abg. Dr. Walsch (Dem.): Wir haben dies Gesetz mit Freuden begrüßt, da es endlich die Verteuerung des Kindes- und Ehegattenbesitzes bringt. Nach dem Ausschussbericht wird der Betrag über 800 Millionen Mark jährlich bringen. Ohne das Korrektiv einer Erbschaftsteuer ist eine durcharbeitende Vermögenssteuer gar nicht denkbar. Wir wünschen lebhaft die Erledigung des Gesetzes noch im Rahmen dieser Tagung.

Abg. Gumpel (D. R.): Auch wir sind zu jedem Opfer bereit und hätten die Vorlage der Regierung ohne weiteres angenommen, aber diese Ausschussberichte haben bei uns auf zum Teil unüberwindliche Bedenken. Der schon ohnehin so schwer belasteten großen in Grundbesitz und in industriellen Betrieben verfallenen Vermögen können diese erheblichen Erbschaftsteuern, die zwischen 30 bis 50 Prozent betragen, unmöglich tragen. Sie werden zum Teil zum Verfall kommen. Wir dürfen uns nicht zu Wirtschaftlichen am Zusammenbruch machen, und wir werden mit weniger Ausnahmen gegen das Gesetz stimmen, wenn der Ausschussbericht angenommen wird.

Abg. Moresky (D. R.): Wir haben der Regierungsvorlage von vornherein zugestimmt, aber gegen die Verschärfungen des Ausschusses haben wir die erheblichsten Bedenken. Die Sätze des Ausschusses bedeuten eine Vergrößerung des Vermögens und dies wird den Erwerb und den Spartrieb im weitesten Sinne lahm legen. Wenn die Regierung ihre Vorlage fallen läßt, so ist sie das nur unter dem Druck der radikalen Massen. Wir hätten bringen, die Steuerfrage der Regierungsvorlage wieder herzustellen und beantragen weiter, für Grundbesitz aller Art, wenn der Erwerb in kurzer Zeit sich wiederholt, die Steuer zu erlassen oder wenigstens zu ermäßigen.

Abg. Baum (L. S.): Der Rat gebührend, nicht aus einem Triebe der Regierung, in der am Sozialisten sind, die aber eine sozialistische Weltanschauung vertritt, eine Erbschaftsteuer eingebracht, die in den bestehenden Kreisen große Beunruhigung hervorgerufen hat, die aber unierer Meinung nach noch lange nicht weit genug geht. Wir sind der Meinung, daß diese Vorlage nur der erste Schritt zu einer grundsätzlichen Sozialisierung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist. Wärdien die weiteren entscheidenden Schritte recht bald von den neuen Körperlichkeiten getan werden, die hoffentlich recht bald an die Stelle der Nationalversammlung treten werden.

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Abg. Beder-Oeffen (D. R.) beantragt zu § 7 über Steuerfreiheit Vermögen einen Antrag auf Steuerfreiheit auch der vor dem Kriege erworbenen Gegenstände von geschäftlichem, hutmigewerblichem oder wissenschaftlichem Werte.

Abg. Rosenfeld (Soz.) tritt dem Antrage entgegen.

§ 7 wird unter Ablehnung des Antrages Beder in der Ausschussfassung angenommen.

Zu § 25, der die Steuerbefreiung enthält, liegen Anträge der beiden Parteien der Rechten auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage vor.

Abg. Beder-Oeffen (D. R.): Mit der Regierungsvorlage hätten wir uns abgefunden. Die vom Ausschuss beschlossenen Sätze bedeuten aber nahezu eine Verdreifachung; sie gehen auf eine Verstaatlichung des Vermögens hinaus.

Abg. Rosenfeld (Soz.): Wenn Sie (zur Rechten) brauchen im Lande zeigen wollen, daß Sie sich der bedrohten Interessen der großen Vermögen annehmen wollen, so können wir Ihnen allerdings bestätigen, daß diese Interessengruppen bei Ihnen in den besten Händen sind.

Die Anträge der Rechten werden abgelehnt. Es bleibt also bei den vom Ausschuss beschlossenen Steuerätzen.

Bei der Gesamtabstimmung wird das Erbschaftsteuergesetz gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Nationalen Volkspartei angenommen.

Am 1. Uhr nachmittags wird die Weiterberatung auf 3 Uhr nachmittags vertagt.

Nachmittags-sitzung.

Eröffnung um 4 nach 3 Uhr.

Die Gesetze über den

Anleiheeredit für 1919 und über die Ausführungen des Friedensvertrages

werden in 2. Beratung mit einander verbunden.

Berichterstatter Abg. Gruenewald (Dem.) stellt fest, der Plan einer Prämienanleihe sei im Ausschuss nicht so sehr auf grundsätzliche Gesichtspunkte wie auf allerlei praktische Bedenken geachtet. Der Finanzminister werde aber nur im Einverständnis mit einem besonders eingesehenen Ausschuss vorgehen können.

Abg. Koenig (Soz.): Im Interesse der Durchführung der Geschäfte des Reiches werden wir die Anleihe billigen. Wir erwarten aber Sparmaßnahmen. Gegen einzelne Bestimmungen werden wir stimmen.

Abg. Dr. Eugenberg (D. R.): Diese Vorlagen sind aus der Kommission mit offener Gestirnisfreiheit zurückgekommen. Auch ein Mitglied der demokratischen Fraktion hat sich in schärfer Weise über diese Art der Geschäftsabwicklung ausgesprochen. So hat auch der Finanzminister bei den großen Steuererhöhungen eine grundsätzliche und einnehmende Denkschrift über die Finanzlage des Reiches aufgestellt, was er uns gegeben hat, ist außerordentlich dürftig und unvollständig. Das parlamentarische System hat eine wesentliche Voraussetzung, daß eine Opposition vorhanden ist, die die Möglichkeit der Kritik besitzt. Hierdurch erklärt sich vor dem Reiche, daß uns die Aufgabe der Opposition durch diese Art der Geschäftsabwicklung unmöglich gemacht wird. Sie schneidet grundsätzlich die Kritik ab. Wir werden acht Milliarden Mark bewilligen, weil wir erkennen, daß die Finanzverhältnisse eine Auffüllung des Regierungsfonds verlangen. Mit der Erledigung von einer Milliarde wollen wir besorgen, daß wir zu dem augenblicklichen Finanzminister sein Vertrauen haben. Es war kein glücklicher Griff, den jetzigen Finanzminister in seine Stellung zu bringen. Die Frage einer niedrig bezahlten Zwangsanleihe hätte wohl gründliche Erörterung verdient. Wir werden diese Vorlage ablehnen. Die beiden Gesetze zur Durchführung des Friedensvertrages werden dem Reiche für uns, wie durch den Friedensvertrag unter Friede und unter Wohlstand, unsere Selbstbestimmung und unsere Freiheit preisgegeben worden sind. Die beiden Gesetze legen weitgehende Bestimmungen in die Hand einer einseitigen Parteiregierung, die sich bei der Befolgung von Leitern lediglich von einseitigen parteipolitischen Gesichtspunkten leiten läßt.

Reichsfinanzminister Gruber: Der Wiederaufbau muß unverzüglich in Angriff genommen werden. Nach dem Friedensvertrag haben wir 140 000 Stück Reichsmark zu liefern und zwar in Marknoten, als seiner Zeit auf Initiative des Herrn Eugenberg aus Belgien und Nordfrankreich weggeholt und zerstückelt worden sind. Wenn wir jetzt belgische Männer aus dem Zentrum, der Demokratie und der Sozialdemokratie an Staatsmännern heranziehen, so machen wir damit nur ein Vorzeichen, welches uns nicht weiter aufwärts führt. (Beifall bei der Rechten.) Was die Angriffe gegen meine Person betreffen, so wiederhole ich: Ich bin das Vertrauen der Rechten; dieser Versammlung und meiner Fraktion habe, werde ich als Reichsfinanzminister auf meinem Platze bleiben. Den persönlichen Kampf gegen mich hätte ich mir schon mehr Wahrheit und Ehrlichkeit zu führen. (Lauter Beifall bei der Rechten.) Gegen erneute Angriffe der Rechten wendet sich der Minister mit der Bemerkung: Das betrifft mich nicht; ungenügende Beweismittel, (Minutenlanges Lärm.) Solche Vorwürfe, wie Sie sie (nach rechts) aufbringen, sind früher nicht möglich gewesen. (Stürmischer Beifall bei der Rechten.) Ich habe die nachfolgenden Ausführungen des Finanzministers bringen, die den ausgesetzten larmenden Zwischenrufen nicht immer durch. Wenn man dem Antrag Eugenbergs folgen würde, dann wäre es beispielsweise unmöglich, einen Antrag familiärer Parteien also einseitig durchzuführen. (Lärm.) Ich wiederhole, daß dem den Hintergedanken von Kriegern eine einseitige außerordentliche Befähigung gewährt werden soll. (Beifall bei der Rechten, anhaltender Lärm.) (Beifall bei der Rechten.) Den Weg der Zwangsanleihe können wir nicht ohne unüberwindlichen Widerstand durchsetzen. Der Vorfall ist die Prämienanleihe nicht mit Steuererhöhungen auszuführen, ist unpraktisch. Nehmen Sie die Vorlage an, damit es uns für die nächsten 3 Monate möglich ist, die bindenden und notwendigen Aufgaben finanziell zu sichern. (Rechtliche, sich wiederholender Beifall.)

Aus dem Stadtleben.

Briefe nach dem Auslande. Obwohl es neu wieder...

Waldbank. Haben wir Unfug an danken? So fragen wir uns...

Freizeitkinder in die Schweiz. Die nach Zürich am 18. August abreisenden...

Seinen 80. Geburtstag feiert in seltener Weise...

Neuer. In einer Nacht im Rheinhafen hier...

Unfall. Beim Heberarbeiten der Kaiserallee...

Konzerthaus. Heute abend 8 1/2 Uhr, statt 'Nacht...

Sammerfest. Der Verband der Räder, der Deutsche...

Standesbuch-Auszüge.

Gebohrte. 19. Aug.: Philipp Huber von Hies...

Karlsruher Stadtrat.

Mitteilungen aus der Stadtratssitzung vom 14. August.

Errichtung einer Gaswasserbereitungsanlage...

tem Ammoniakwasser, als von Sulfat möglich ist...

Verbesserung der Gasbereitungsanlage im ehemaligen Gaswerk I...

Kreuzen und Waisenspiele. Da die Tätigkeit der städtischen...

Aus dem Wirtschaftsleben.

Höchstpreise für Gemüse.

Die Bad. Gemüseversorgung hat folgende Erzeugerhöchstpreise...

Die Versorgung mit Frühkartoffeln.

Amlich wird mitgeteilt: In beschriebenen hiesigen Kartoffel-Heberbüch...

Zu diesem unerwarteten Vorhaben steht uns so weniger...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

(Nachdruck der mit einer Giltigkeit versehenen Artikel...

Wetterte und Weltgetreidemarkt.

4. Berlin, 20. Aug.

In den letzten Wochen hat die Weltgetreidelage...

Die amerikanische Regierung hatte noch im vorigen Jahre...

acht, sind jedoch zum Teil dazu bestimmt, den europäischen...

Wieder noch die Verhältnisse in Deutschland zu...

Die Technische Messe in Leipzig.

st. Aus Leipzig wird uns geschrieben: Gleichzeitig mit der...

Der Maschinenbau wird diesmal einen weitesten Aufschwung...

Erfrischende und Erfrischmittel werden auch diesmal...

Börsen- und Finanzmeldungen. Frankfurter Börse.

Frankfurt a. M., 20. Aug. In der Börse machte sich...

Frankfurter Kursnotierungen.

Table with 2 columns: 19. Aug. 20. Aug. and various stock prices.

Berliner Börse.

Berlin, 20. Aug. Trotz der bestimmten Regierungserklärung...

Berliner Kursnotierungen.

Table with 2 columns: 19. Aug. 20. Aug. and various stock prices.

Devisenmarkt. Telegraphische Auszahlungen für:

Table with 2 columns: 19. Aug. 20. Aug. and exchange rates.

Vom Wetter.

Bericht und Beobachtungen des Zentralbüros für Meteorologie...

Während Nordamerika fortwährend noch flachen Minima...

Börsen- und Finanzmeldungen.

Table with 2 columns: 19. Aug. 20. Aug. and financial data.

Rhein-Verkehrsdienst, morgens 8 Uhr.

Schiffverehrungen. 20. August. Schiffe...

Advertisement for Herrenschneiderei I. Ranges Hans Leyendecker.

Aerztliche Anzeige.
Vom 8. August bis 8. September
keine Sprechstunden.
Dr. Cramer, homöop. Arzt.

Patent-Anwalt
A. OHNIMUS
Karlsruhe, Leopoldstraße 44.

Liefere in kleinen und großen Mengen zu äußersten Fabrikpreisen:
la Joos Leinöl-Glasertitt
 garantiert 50 und 100% Leinöl, hergestellt von reinem Leinöl und deutscher Solemmittelfe. Für die Haltbarkeit gebe ich 5 bis 10 Jahre Garantie.
 la Maschinen- und Motorenöl, Aufsol,
 la Fußbodenöl, Fußbodenlase und Farben
 la Parleßbohnerwachs, reine Wachsware
 la Cabohn Bohnermasse, selbstfärbend
 la Schuhcreme, reine Wachsware
 la Wagen- und Lederfett.
 Lieferant von Militärverwaltungen u. Behörden
Friedrich Wilh. Joos jr.
 Fabrik chemisch-technischer Produkte
 Offenburg i. B.

Was erhält den Menschen?
 Die tägliche Nahrung und der mit der Atmung zugeführte Sauerstoff. Ohne Sauerstoffzufuhr können menschliche Organe keine Nahrung verdauen und verwerten, denn jede, auch die kleinste Tätigkeit, sei es ein Fingerbewegen, erfordert den Verbrauch eines Atoms Sauerstoff. Störungen in der Nahrungs- und Sauerstoffzufuhr und deren Verwertung, unvollständiges Arbeiten der Ausscheidungsorgane, Haut, Lunge, Darm, führen zu Stoffwechselstörungen und körperlichen Schäden, die Wohlbefinden und Stimmung behindern, die Leistungsfähigkeit untergraben, das Schlafbedürfnis, die Ruhe fördern. Will man auf einfache Weise vorbeugen, die Arbeit des Organes erleichtern oder nachweisen, widerstandsfähiger werden, so nimmt man nach Tisch einen Teelöffel reines **Pharmoson**, welches in Voll- und Kleinpackungen von jeder Apotheke oder Drogerie geliefert oder bezogen wird. **Pharmoson** ist albuminisiertes Calcium-Superoxid, das dem Körper außer der Lebensenergie Sauerstoff, den Knochen aufbauenden, muskelfestigenden Kalzium, beides in abgemessener, abgemessener Form, bei Gegenwart von Albumin zugeführt und diesem den Dienst als Organismus-Anreger und Stoffwechsel-förderer leistet. Den Namen **Pharmoson** wähle ich jeder Gesundheits-beforscher, Kiebelärztliche, Nierende und Nerven einprägen.
 Sauerstofffabrik Heil-Verke, G. m. B. & Co., Dresden, A. 21 sind die alleinigen Hersteller.

Aerztliche Anzeige.
 Nach Aufgabe meiner Lazaretttätigkeit, vornehmlich auf dem Gebiete der inneren Medizin, habe ich mich hier
als Arzt niedergelassen.
 Strahlentherapie Künstl. Höhensonne zur Unterstützung der inneren Therapie. Inbetriebnahme derselben wird s. Zt. bekannt gegeben.
 Sprechstunden: bis auf weiteres nachm. von 3—1/2 6 Uhr.
 Karlsruhe, den 20. August 1919,
Dr. Martin Rheinberger, prakt. Arzt,
 Kriegstr. 43, zwischen Karlstr. u. Ritterstr. Telephon 3235.

Oberhaardter Riesling-Weine
 eingetroffen und empfehle solchen von **Mk. 6.40** an per Liter, ohne Steuer.
Hermann Schuler
 Weingroßhandlung.
 Karlsruhe, Teleph. 3304. Wilhelmstr. 4a.

Die **Damen-Hutfabrik**
Carl Kraemer & Cie.
 Friedenstraße 7 Karlsruhe i. B. Tel. Nr. 624
 übernimmt Umfassionen von Damen-Haare, Belour-, Sammet- u. Blüschhüten nach den neuesten Modellen der Winteraison 1919/1920 unter Garantie fachmännischer Ausführung und schnellster Lieferung.

Gesangs-Unterricht
 erteilt
ELLY CRON,
 Schülerin v. Kammersängerin Hoffmann-Oregon.
 Höfstraße 1 Telephon 1650.
Wagenachsen-Reparaturen
 Neue Büchsen, Konus u. Mutter in Rotang, Bagentapfeile, Lederkappen, in Kernenleder.
Auflegen, Schweißarbeiten, Aufstellung u. Reparaturen von Maschinen jeder Art,
 Hobel-, Fräs- und Dreharbeiten,
 Anfertigung von Stanzteilen und Schnitten für jede Branche, fachgem. Ausführung.
Robert Ringle, Karlsruhe,
 Marienstraße 13, Telephon 1513.

Korb-Möbel
 empfiehlt in reichster Auswahl zu bill. Preisen.
J. Heß,
 Kaiserstr. 123.

Kolladen und Jalousien
 repariert fachgemäß und billig
K. Eickele, Kolladenfabrik
 Ludwig-Wilhelmstr. 17. Fernspr. 3797.
J. Sitzlers
Möbelspedition und Lagerraum
 befindet sich
Augartenstr. 58, Karlsruhe
 Telephon 1356
 und empfiehlt sich gleichzeitig für Umzüge in Stadt und Land.

Fußbodenlacke — Bodenwische
 Bodenöl — Stahlspäne — Putzlacke — Stofffarben
Malier-Utensilien
 vorteilhaft im
 Farben-Geschäft, Waldstraße 15, beim Colosseum.

Alte Kupferstiche Portraits-Radierungen Handzeichnungen
 älterer und neuerer Meister zu äußerst niedrigen Preisen zu verkaufen.
Wirkungsvoller Wandschmuck.
 Günstige Gelegenheit für Sammler und Liebhaber.
 Kaufzwanglose Besichtigung.
Kunst-Institut Helios-Verlag G. m. b. H.,
 Kaiser-Wilhelmpassage 56, Akademiestraße 33.

Dauerwäsche
 in erstklassiger Qualität und wie früher wieder mit Lehn-einlagen nur zu haben beim
Spezialhaus für Dauerwäsche u. Herren-Modartikel
Andreas Weinig jr.
 Karlsruhe i. B., Kaiserstraße 40 neben dem Elefanten.
 en gros Versand auch nach auswärts. en detail

Elektr. Koch-Apparate
 Gaskocher
 Gasback- und Bratöfen
Emil Schmidt & Kons.
 Kaiserstraße 209.

Fahrrad-Reinigung
 Reinigen
 deutsch. Fabrikat zu 4.60
 ausländ. " per Stüd. 4.80
 deutsch. Fabrikat zu 4.40
 ausländ. " per Stüd. 4.55
 sofort lieferbar.
Fahrradhaus
Peter Eberhardt,
 Karlsruhe i. B.,
 Amalienstr. 57.

Die Vereinigung der Unternehmer der **Karlsruher Reinigungs-Institute**
 gestalten sich hiermit ganz erhaben, der verehrl. Kundenschaft zur Kenntnis zu bringen, mit Rücksicht auf die allgemeine Feuerung, die sehr hohen Arbeitslöhne und Materialpreise, insbesondere Feder etc., rückwirkend ab 1. August d. J. einen **allgemein. Preisaufschlag** eintreten zu lassen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß unsere verehrl. Kundenschaft dies den heutigen Verhältnissen entsprechend berücksichtigen wird.
 Mit vorzüglicher Hochachtung
Die Vereinigung Karlsruher Fenster-Reinigungs-Unternehmer:
 Dr. H. Meiß, Kronenstraße,
 Süddeutsches Reinigungs-Institut,
 Kaiserstraße 34,
 Karl Reich, Brunnenstraße,
 Adolf Kiesel, Rudolfstraße,
 August Winkler, Duffenstraße 61.

Gesangverein Badenia E.V.
 Zu dem am Sonntag, den 24. August, nachmittags 4 Uhr, im Kaisergarten stattfindenden
Garten-(Kinder)-Fest
 werden die verehrl. Mitglieder mit Angehörigen freundlich eingeladen.
 Das Gartenfest findet nur bei schönem Wetter statt und ist vollzähliges Erscheinen der Herren Sänger erwünscht.
 Am Sonntag, den 31. August, wird der Verein das Volksschauspiel in Oetigheim besuchen. Eintrittskarten zu ermäßigten Preisen werden am Freitag, den 22. August, im Lokal Kammerer von 1/2 8 bis 1/2 10 Uhr abends abgegeben, woselbst auch alles weitere bekannt gegeben wird.
Der Vorstand.

Gebrüder Scharff
 Kolonialwaren- u. Weingroßhandl.
 Telephon 741.
 Karlsruhe: Amalienstr. 27, Rudolfsstr. 21, Rhein-str. 59, Kriegstr. 105.
 Knielingen, Teutschneureut, Linkenheim, Hagsfeld, Blankenloch.

Preisabschlag:
Oelsardinen, fste. französische, Dose M. 1.95.
Oelsardinen, fste. französische (Oel u. Tomaten), Dose M. 2.85.
Schweinsleberpain (Brotaufstrich) Dose M. 2.10.
Matjesheringe, Stck. „ —12.
Olivendöl, fste. Qual. Ltr. „ 17.50.
Schweinschmalz, garantiert rein, Pfd. M. 10.—.
Reis, vorzügl. Qual. „ „ 2.80.
Stärke, kein Ersatz, „ „ 14.—.
Invertzucker (zum Einmachen geeignet) Pfd. M. 3.—.
 Sowie sämtl. anderen sich im freien Handel befindl. Waren gut u. billig.
 Ferner empfehlen:
Fliegenfänger Stck. 15 Pfg.
Essig Tafelstg. Lt. 45 Pfg. fst. Weissig Liter Mk. 1.60.
Zapf's Most-Ansatz Für 50 Liter Mk. 7.—.

Eine Partie starke neue
Zeldämleiden mit Ventilator
 sowie
Bant-Amböyden mit Untergerstell
 hat, solange Vorrat reicht, günstig abzugeben
Julius Kahn,
 Waldstraße 33. — Telephon 381.

Residenz-Lichtspiele
 Nur noch heute und morgen
 Waldstraße 30 Schillerstraße 22 Kaiserstraße 5
Die Rothenburger Leib und Seele
 Mit den herrlichsten Original-aufnahmen des altherühmten Städtchens Rothenburg ob der Tauber.
 Nach dem Roman von Adolf Wilbrandt in 5 Akten.
 In den Hauptrollen:
Lya Mara, Friedr. Zelnik, Hugo Flink.
Das verräterische Monogramm
 Detektivroman in 4 Akten.
Die große Erbschaft
 Lustspiel in 3 Akten.
Künstlerkapelle.
 Einlaß 1/2 3 Uhr.
 Anfang 3, 5⁰⁰, 8⁰⁰ Uhr.

Städtisches Konzerthaus
 Donnerstag, den 21. August 1919.
 Statt Fürst Casimir
Die Rose von Stambul.

Gut Heil!
M.V.
 Samstag, den 23. ds. Mts.
Monatsversammlung
 im Vereinslokal — Moninger, Konkordia-saal — abends 1/2 9 Uhr beginnend.
 Ueberreichung des Ehrenbriefes der deutschen Turnerschaft an zwei Turnratsmitglieder.
 Wir bitten unsere verehrl. Mitglieder um zahlreiches und pünktliches Erscheinen.
Karlsruher Männer-Turnverein.

Sportpl. d. Karlsr. Fußballvereins v. Moltkestr. Linie 3.
Reichsw.-Gren.-Batt. 1 Eintritt 1 Mark Schüler 50 Pfg.
 spielt
 Donnerstag, den 21. ds. Mts.,
 ab 5 Uhr nachmittags 6 Uhr
 konzertiert gegen
 die **F. G. Ruppurr** Kapelle (Barnhagen).

Zigaretten u. Tabak
 englische und amerikanische, liefert fortlaufend
M. Lücke, Tabakgroßhandel
 Wiesbaden, Rheinstr. 29.

Gottesauer Grezlerplatz
 Karlsruhe
Varieté-Schau
 Direktion: D. Traber & Sohn
 Heute abend 8^{1/2} Uhr
Große Vorstellung.

Wo trinke ich meinen Nachmittags-Bohnenkaffee, Tee oder Schokolade?
 Im
Kaffee Röderer
Weinlokal
 Spezialität: Eismerinken!
 Diverse Kuchen
 Ecke Waldhorn- u. Zähringerstr.
 1 Treppe hoch.

Die Rothenburger Leib und Seele
 Die Dame, der Teufel und die Problemamsell
 Lustspiel in 4 Akten mit Henny Porten.
Die Vase des Semiramis
 Drama in 5 Akten.
 In der Hauptrolle **Eva Speyer.**
 Kassenöffnung 1/2 6 Uhr.
 Anfang 6 Uhr.
Die Cowboys vom Apachenforts
 3 Akte
 Der beste Wild-West-Film, der je gezeigt wurde
 Tollkühnes Reiten
 Meisterhaftes Lassowerten
 Das Leben im wilden Westen
 Indianer-Ueberfall.
Inmitten der Dschungeln
 oder **Den Bestien preisgegeben**
 Indisches Drama in 3 Akt.
 Anfang 3, 5, 7, 9 Uhr.